

Anfragen zum Plenum

in der 6. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der Stand der Planungen hinsichtlich des „Hauses der Wissenschaften“ ist in Bezug auf zu beteiligende Organisationen und Personalstrukturen (bitte aufschlüsseln nach Planstellen und abgeordneten Stellen)?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie bezüglich der Gemeinsamen Bekanntmachung der Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr, sowie für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus vom 07.07.2021 zum Bauen im Rahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (Az: 25-4611.10-6-43 und A2/Z5-7241-1/7) im Hinblick auf die praktische Umsetzung konkret von Punkt 3.3.2. Satz 14 (Eintragung einer Dienstbarkeit) hinsichtlich deren Anwendung, bzw. gibt es zur Ausübung dieser Grunddienstbarkeiten behördliche Empfehlungen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem der Entwurf des Managementplans zum Vogelschutzgebiet Erdinger Moos von der Staatsregierung in der Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 20.06.2022 für Ende des Jahres 2023 (Drs. 18/23455) angekündigt wurde, jedoch bis heute nicht vorliegt, frage ich die Staatsregierung, bis wann der Entwurf nach aktuellen Planungen vorgelegt werden soll, wann soll der angekündigte Runde Tisch dazu stattfinden und aus welchen Gründen verzögert sich das Projekt nach wie vor, wo doch das „Nördliche Erdinger Moos“ bereits seit dem Jahr 2008 offiziell als europäisches Vogelschutzgebiet für das EU-weite Schutzgebietsnetz Natura 2000 gemeldet ist und bereits seitdem einen solchen Managementplan erforderlich macht?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche genauen Vorschläge hat die Staatsregierung z. B. durch den Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger bei einem Telefonat gegenüber Vertretern der „Gegenwind“-Bewegung aus Mehring gemacht, damit diese sich bereit erklären, sich trotz des Ergebnisses des Bürgerbegehrens vom 28.01.2024 von 62,5 Prozent gegen Windkraftanlagen dennoch für eine „Kompromisslösung“ einzusetzen, mit dem Ziel dennoch Windkraftanlagen auf diesem Gemeindegebiet bauen und betreiben zu können,

welche sonstigen Initiativen hat die Staatsregierung z. B. durch den Staatsminister Hubert Aiwanger bereits eingeleitet oder möchte sie in Zukunft einleiten, um Vertreter der „Gegenwind“-Bewegung in Mehring dazu zu bewegen, sich gegen das Ergebnis des Bürgerbegehrens vom 28.01.2024 zu stellen und aus welchem Grund hat Staatsminister Hubert Aiwanger Vertreter der „Gegenwind“-Bewegung zu einem Gespräch nach München eingeladen oder möchte diese in Zukunft einladen (bitte Zeitraum, oder wenn schon genauer vereinbart, den Zeitpunkt offenlegen)?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand bei der Planung des Streckenausbaus der S4-West zwischen Pasing und Fürstenfeldbruck, nachdem der Freistaat gemäß Antwort vom 21.07.2021 die Vorplanung bei der DB beantragen und anschließend den Ausbau hinsichtlich der genauen Maßnahme erneut bewerten wollte, wie beurteilt der Freistaat selbst (unabhängig von der Sichtweise des Bundesministeriums) eine Außenbahnsteiglösung für die Schaffung eines barrierefreien Bahnsteigs u. a. am Bahnhof Puchheim (bitte Nennung der jeweiligen Argumente für oder gegen eine solche Lösung) und was werden die nächsten Schritte beim barrierefreien Ausbau der S4-West sein (bitte mit möglichst konkreten zeitlichen Angaben)?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Referenten und Teilnehmenden insbesondere aus den Kreisen der „Jungen Alternative“ sowie der AfD des sog. „Schwabenkongresses“ am 11.11.2023 in Dasing, welche Erkenntnisse gibt es zu den Aktivitäten der veranstaltenden Gruppe „Reconquista 21“ (ehemals „Wackre Schwaben“) und welche Erkenntnisse hat sie über die Teilnahmen an weiteren Veranstaltungen von Martin Sellner in Bayern?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass ein wichtiges HIV-Medikament, die sogenannte Präexpositionsprophylaxe (PrEP), mit der sich HIV-negative Menschen vor einer HIV-Infektion schützen, in Deutschland seit Wochen nicht oder kaum lieferbar ist, und vor dem Hintergrund, dass Bayern als Bundesland für die Umsetzung der Strategien zur Medikamentenversorgung zuständig ist, frage ich die Staatsregierung, wie viele Patientinnen und Patienten in Bayern auf die Behandlung mit PrEP angewiesen sind, wie die Versorgungslage mit PrEP in Bayern aktuell aussieht und was die Staatsregierung unternimmt, um dem Engpass entgegenzuwirken?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, kommen bei den Heimspielen des Fußball-Bundesligisten FC Augsburg seit dem ersten Heimspiel im Jahr 2023 der Bundesligasaison 2022/2023 gegen Borussia Mönchengladbach am Mittwoch, 25.01.2023, mehr Polizeieinsatzkräfte zum Einsatz als in den vorhergehenden Heimspielen des FC Augsburg (bitte nach den Bereichen aufgeteilt, in denen die Einsatzkräfte eingeteilt sind), wie oft griffen die Polizeieinsatzkräfte bei den Heimspielen des Fußball-Bundesligisten FC Augsburg seit dem ersten Heimspiel im Jahr 2023 der Bundesligasaison 2022/2023 gegen Borussia Mönchengladbach am

Mittwoch, 25.01.2023 bis heute wegen Zwischenfällen mit den Fans in und um das Stadion ein (bitte aufgelistet nach den einzelnen Vorfällen) und wie genau verlief aus Sicht der Staatsregierung der Vorfall nach dem Heimspiel des Fußball-Bundesligisten FC Augsburg gegen Bayer 04 Leverkusen am Samstag, 13.01.2024, als Polizeibeamte laut Presseberichterstattung mehrere FC Augsburg-Fans abführen und deren Personalien aufnehmen wollten, nachdem sich ein Fan unerlaubterweise Zutritt zum Stadion verschafft hatte, und infolgedessen die Polizeibeamten Pfefferspray und Schlagstöcke einsetzen, weil sie von mehreren Fans bedrängt worden waren (siehe dazu Pressebericht der Augsburger Allgemeinen¹)?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Kommunen werden die neue Bezahlkarte für Geflüchtete in der sogenannten Testphase einsetzen (bitte die jeweiligen Dienstleister und den genauen Zeitpunkt der Einführung benennen) wie hoch wird die Summe sein, die die Geflüchteten bar abheben können (bitte die rechtlichen Vorgaben dafür benennen) und welche Kosten wurden für die Einführung von der Staatsregierung eingeplant (bitte den Verwaltungsaufwand auch benennen)?

Rene Dierkes
(AfD)

Vor dem Hintergrund des Eilbeschlusses des Verwaltungsgerichts München (Aktenzeichen M 23 E 23.5726), der formelle „Zuweisungen“ von Asylbewerbern oder Flüchtlingen durch eine obere Regierungsbehörde an die Kommunen für rechtswidrig erklärt, frage ich die Staatsregierung, ob ihr weitere Klagen bzw. Klageandrohungen von Gemeinden gegen drohende Zuteilungen bekannt sind, ob die Staatsregierung der Auffassung ist, dass nach Bekanntwerden dieses Urteils viele weitere Kommunen einen Ausweg aus der Überbelastung mit Asylanten, die sie unterbringen müssen, sehen werden und sollte eine größere Anzahl von Kommunen sich nunmehr der Aufnahme von Asylanten auf Grundlage dieses Urteils entziehen, was wären die Pläne der Bayerischen Staatsregierung in diesem Fall, würden die Kommunen, die weiterhin aufnehmen, den entstehenden Überhang an Asylanten zu schultern haben?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Nachdem der Ausschuss für Mutterschutz (AfMu) beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 08.08.2023 die erste Regel zur Gefährdungsbeurteilung im Bereich des Mutterschutzes veröffentlicht hat, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dabei unterstützen soll, die mutterschutzrechtliche Gefährdungsbeurteilung durchzuführen, frage die Staatsregierung, inwieweit diese Regel bei der Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung in den Dienststellen des Öffentlichen Dienstes in Bayern umgesetzt wurde, ob ein Entwurf zur Umsetzung erarbeitet wird und wann mit einer Umsetzung gerechnet werden kann?

¹ <https://www.augsburger-allgemeine.de/sport/fc-augsburg/fc-augsburg-fca-ultras-provizieren-gezielt-mit-bullenschweine-banner-id69304526.html>

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts des weiterhin dramatischen Rückgangs der in Bayern nur noch in der Vorderrhön in Unterfranken vorkommenden Geburtshelferkröte, dem seltensten Froschlurch Bayerns, auf zuletzt „24 Rufer“ (laut Bericht für den Monitoringzeitraum 2021-2022), frage ich die Staatsregierung, wird das Monitoring der Geburtshelferkröte auch 2024 und in den Folgejahren fortgesetzt, wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz und Verbreitung der Geburtshelferkröte (Entfernen der Fische aus den örtlichen Laichgewässern, Errichten von fischfreien Ersatzlaichgewässern und Gewinnung von Gebietspatinnen und Gebietspaten) erfolgreich ergriffen und wann wird mit der Umsetzung des vorgeschlagenen Zucht- und Wiederansiedlungsprogramms für die Geburtshelferkröte begonnen (bitte Startzeitpunkt angeben und die ergriffenen Maßnahmen, sowie das vorgesehene Programm kurz skizzieren)?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie, nachdem sie am 29.01.2024 angekündigt hatte, die Ausgaben im Bildungsbereich um insgesamt 52 Mrd. Euro zu erhöhen, auch die Mittel des Kulturfonds Bereich Bildung in ihrem Entwurf zum Haushalt erhöhen wird, ob auch weiterhin Anträge aus ganz Bayern, inklusive München und Nürnberg berücksichtigt werden, und falls nein, ob an ein Alternativ-Bildungs-Förderangebot für ausgeschlossene Orte gedacht ist?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kleinbauern gibt es in Bayern nach der Bezeichnung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die als Kleinbauern alle bezeichnet, die weniger als zwei Hektar Land bewirtschaften, wie hoch ist der prozentuale Anteil der Nebenerwerbsbetriebe, die weniger als zwei Hektar in Bayern bewirtschaften und wie hoch ist der prozentuale Anteil der tierhaltenden Betriebe in Bayern, die weniger als zwei Hektar bewirtschaften?

Holger Griebhammer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Dorfwirtshäuser haben in Bayern in den letzten zehn Jahren geschlossen (aufgeschlüsselt in Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreie Städte), welche Informationen liegen der Staatsregierung zur vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger in der Süddeutschen Zeitung vom 03.02.2024 berichteten planmäßigen Schließung von Dorfwirtshäusern vor (bitte aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben) und bei welchen staatlichen Stellen können diese Pläne eingesehen werden?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse der Staatsregierung zum Auftreten von Personen der Identitären Bewegung inklusive verbundener Zusammenschlüsse, wie Reconquista21 (früher „Wackre Schwaben“), beim jüngsten AfD-Parteitag in Greding bekannt sind, ob sich darunter auch Beschuldigte aus dem Verfahren rund um die Aktion gegen die Geflüchtetenunterkunft in Peutenhausen befanden und ob Berichte zutreffen, wonach (frühere) Aktivisten der Identitären Bewegung in Vorstände der Jungen Alternative auf regionaler und Landesebene gewählt

wurden?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Zur geplanten Realisierung des Neubaus von Kopfklinik, Mutter-Kind-Zentrum und Heizzentrale der Uniklinik Würzburg frage ich die Staatsregierung nach dem aktuellen Sach-, Planungs- und Finanzierungsstand der Erweiterungsprojekte, insbesondere, wann mit der Vorlage der Projektplanungen bzw. der Haushaltsunterlagen, Bau sowie mit Baubeginn und Fertigstellung gerechnet werden kann (bitte auch mitteilen, was sich gegenüber den bisherigen Mitteilungen der Staatsregierung insoweit geändert hat) sowie welche voraussichtlichen Kosten für die Projekte jeweils entstehen bzw. welcher Plan für die Mittelbereitstellung im Staatshaushalt vorgesehen ist?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Michaela Kaniber am 10.01.2024 in der Sendung „Münchner Runde“ des Bayerischen Fernsehens auf die Anregung von der Abgeordneten Katharina Schulze, eine Quote von regionalen und/oder Bio-Lebensmitteln in Kitas und Schulen einzuführen, geantwortet hat „Wir machen schon mal von Haus aus keine Gesetze, die irgendwelche Verpflichtungen einführen, weil wir den Markt nicht über Gesetze steuern“, Ministerpräsident Dr. Markus Söder dann am 17.01.2024 in der Sendung „Jetzt red i“ des Bayerischen Fernsehens kundgetan hat „Wir wollen 50 Prozent regionales Essen in den Kantinen“, frage ich die Staatsregierung, welche „Kantinen“ konkret gemeint sind, wie die Staatsregierung das Ziel „50 Prozent regionales Essen in den Kantinen“ konkret erreichen will (bitte auch Zeithorizont angeben) und was sie konkret unter „regionales Essen“ versteht?

Andreas Jurca
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Rückerstattung von Bußgeldern wegen Verstoßes gegen § 4 Abs. 2 und Abs. 3 der (1.) Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung bisher gestellt worden sind, wie viele der Anträge wurden bereits bearbeitet und wie viel Geld wurde insgesamt zurückerstattet?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem laut SZ-Bericht vom 31.01.2024 die KaDeWe-Group von Bund und Ländern eine Millionen-Bürgschaft erhalten haben soll, – „Im Jahr 2020 haben Berlin, Bayern, Hamburg und der Bund der KaDeWe Group eine sogenannte Bund-Länder-Bürgschaft gewährt. Gemeinsam erklärten sie sich bereit, für 90 Prozent eines Kredites bei der BNP Paribas über 90 Mio. Euro zu bürgen.“ – frage ich die Staatsregierung, wofür genau der Freistaat im Zusammenhang mit der KaDeWe Group bürgt oder garantiert, wie hoch die Staatsregierung das Ausfallrisiko bewertet und bis zu welcher Höhe in Euro der Staat in Zusammenhang mit der KaDeWe Group bürgt oder garantiert?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben den vielen sehr positiven Effekten der aus dem Gesundheits- und Entwicklungsscreening im Kindergartenalter entwickelten reformierten Gesundheitsuntersuchung zur Einschulung (rSEU) ergeben sich vor allem für Familien in Flächenlandkreisen

organisatorische, zeitliche und damit einhergehend auch finanzielle Herausforderungen, weshalb ich die Staatsregierung frage, woraus ergibt sich die Verpflichtung, die rSEU in den Gesundheitsämtern der Landkreise durchzuführen, inwieweit steht es den Landratsämtern unter Umständen (vor allem in Flächenlandkreisen) frei, kleinteiligere und wohnortnähere Angebote anzubieten, und in welchem Maß entstehen den Landratsämtern durch die rSEU erhöhte Kosten durch mehr organisatorischen Aufwand zur Einladung und Terminvereinbarung?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Kulturstaatsministerin Claudia Roth für durch Bundesmittel begünstigte Kulturverbände und Projekte sowie für durch Weitergabe von Bundesmitteln an Dritte Begünstigte, beispielsweise durch Kooperationen oder Projektförderungen, mit Jahresbeginn 2024 verbindlich die neue Verpflichtung eingeführt hat, eine einseitige Anrufung der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz, jeweils umfangreich mitzutragen sowie von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) unterstützte Institutionen und Dritte, die von Bundesmitteln profitieren, verpflichtet hat, möglichen Anträgen auf Einschalten der Beratenden Kommission jeweils zuzustimmen, diese Maßnahme begrüßt, ob sie eine ähnliche Verpflichtung für Kultureinrichtungen in Bayern, die Landesmittel erhalten oder in staatlicher Hand sind, vor oder nach den geplanten gemeinsamen Vereinbarungen von Bund und Ländern zur Restitution im Frühjahr 2024, plant und ob die Staatsregierung bei einer ggf. ablehnenden Haltung gegenüber einer Selbstverpflichtung zur generellen Zustimmung zur Anrufung der Beratenden Kommission bei bisheriger Begünstigung durch Bundesmittel wie z. B. bei dem Kooperationsprojekt der Staatsgemäldesammlung mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, welches Bundesmittel erhält, in Zukunft dann wegen erhaltenen Bundesmitteln einseitigen Anrufungen zustimmen wird oder fehlende Bundesmittel ersetzen wird?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die jährliche EEG-Vergütung (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) für Photovoltaik-Betreiber in Bayern in den Jahren 2014-2023 (in Cent/kWh und insgesamt in Mrd. Euro), wie hoch waren die gesamten Subventionen und Förderung des Freistaates für Forschung, Entwicklung, Markteinführung und Produktion von Photovoltaik-Anlagen sowie von Silizium für die Herstellung von Photovoltaik-Anlagen in den Jahren 2014-2023 (in Mrd. Euro) und wie hoch war die Produktion in Bayern von Photovoltaik-Anlagen sowie von Silizium für die Herstellung von Photovoltaik-Anlagen in den Jahren 2014-2023 (jeweils in Mrd. Euro)?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es in Bayern von 2019 bis 2023 Untersuchungen zum Nachweis von Weichmacher Di-n-hexylphthalat bei Kindern und Jugendlichen gab, sind in Bayern

in den Jahren 2019 bis 2023 Fälle von Weichmacher Di-n-hexylphthalat -Belastung bei Kindern bekannt geworden und sind in Bayern zwischen 2019 und 2023 Studien oder Untersuchungen zu einem Zusammenhang zwischen Weichmacher, Di-n-hexylphthalat und Kindergesundheit durchgeführt worden?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele politisch motivierte Straftaten, die dem Phänomenbereich links zugeordnet wurden, sind der Staatsregierung für das Jahr 2023 bekannt, welche Straftaten genau wurden im Bereich PMK-Links im Bezirk Schwaben erfasst und wo fanden diese Straftaten statt?

Gerd Mannes
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass sich in der Gemeinde Mehring im Landkreis Altötting in einem Bürgerentscheid eine breite Mehrheit gegen neue Windräder auf dem Gemeindegebiet ausgesprochen hat² und die Staatsregierung nun angekündigt hat, das Projekt ungeachtet des Entscheids umzusetzen, frage ich die Staatsregierung, sichert die Staatsregierung den Bürgern der Gemeinde Mehring zu, dass die demokratisch ermittelte Ablehnung von Windkraftanlagen auf ihrem Gemeindegebiet berücksichtigt wird und dementsprechend keine Anlagen errichtet werden?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche rechtlichen Möglichkeiten hat sie, insbesondere das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, um ein Moratorium bzw. eine (temporäre) Aufhebung der Genehmigung für den Rückbau (Abbau) des Kernkraftwerks (KKW) Isar II einzuleiten, z. B. laut § 7 Abs. 3 Atomgesetz, bestehen seitens der Staatsregierung bzw. seitens der ihr unterstehenden Behörden Bedenken über mögliche Gefahren oder etwaige andere negative Auswirkungen auf Strahlenschutz, Umweltverträglichkeit, Sicherheit und Lebensgrundlagen des Freistaates oder etwaige andere relevante Aspekte durch den Rückbau (Abbau) des KKW Isar II bzw. könnten diese Bedenken noch festgestellt werden, um ein Moratorium bzw. eine (temporäre) Aufhebung der Genehmigung für den Rückbau (Abbau) des KKW Isar II einzuleiten und hat der Freistaat die Möglichkeit, gegen den Bund zu klagen, um somit den Rückbau (Abbau) des KKW Isar II zu verhindern oder wenigstens hinauszuzögern?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Druckauflage der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder vom 05.12.2023 – mit einem Umfang von 32 Seiten und 24 farbigen Bildern – inklusive Kosten, an welchen Verteiler wurde diese verschickt und inwiefern sind solche Formate in Zeiten der digitalen Transformation noch zeitgemäß und angemessen, nachdem in Bayern nach Willen der Staatsregierung Dokumente in Behörden künftig überwiegend in digitaler Form übermittelt werden sollen?

Johann Müller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie plant, wie in den vergangenen Jahren, die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH auch

² <https://www.br.de/nachrichten/bayern/buergerentscheid-gegen-windpark-im-chemiedreieck-und-jetzt,U2muwJG>

in diesem Jahr aus dem Staatshaushalt zu bezuschussen, plant sie, wie in den vergangenen Jahren, der Münchner Sicherheitskonferenz Gebäude, Räume und Einrichtungen kostenfrei zu überlassen und wie viel an Zuschüssen wurden an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH über die letzten zehn Jahre veranschlagt?

Benjamin Nolte
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Einsätze der Polizei gab es im Jahr 2023 in Bayern im Zusammenhang mit den Straßenblockaden der Klimaaktivisten (bitte aufschlüsseln nach bayernweit und Landeshauptstadt München einzeln ausweisen), welche Kosten sind der Polizei im Zusammenhang mit den Straßenblockaden der Klimaaktivisten im Jahr 2023 in Bayern entstanden (bitte Kosten insgesamt und die sonstigen Kosten angeben) und wie viele Stunden war die Polizei im Jahr 2023 in Bayern im Zusammenhang mit Straßenblockaden der Klimaaktivisten im Einsatz (bitte die Einsatzstunden insgesamt und die dabei angefallenen Überstunden angeben)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der Stand der Planungen hinsichtlich des „Hauses der Wissenschaften“ ist in Bezug auf Zeitplan, Budget (bitte aufschlüsseln nach Anschubfinanzierung und jährlichen laufenden Kosten) und inhaltliche Aufgaben?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ordnungswidrigkeiten und Straftaten es im Zusammenhang mit dem Betrieb von illegalen Glücksspielautomaten in Bayern seit 2018 gab (bitte pro Jahr und Bezirk aufschlüsseln), wie hoch die Umsätze in diesem Zeitraum aus dem Betrieb von illegalen Glücksspielautomaten waren (bitte pro Jahr aufschlüsseln) und welche Maßnahmen die Staatsregierung zur Bekämpfung von illegalen Glücksspielautomaten ergreift?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele allgemeine, norminterpretierende oder normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften gibt es jeweils in Bayern?

Anna Rasehorn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse dem Landesamt für Verfassungsschutz zum Treffen rechtsextremer Akteurinnen und Akteure in Dasing vorliegen, seit wann das Landesamt für Verfassungsschutz Kenntnis von diesem Treffen hat und ob dem Landesamt für Verfassungsschutz Erkenntnisse über weitere Treffen dieser Art in Bayern vorliegen?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kitas in Bayern haben die Angebote der Pädagogischen Qualitätsbegleitung in Kindertageseinrichtungen und (Groß-) Tagespflegestellen (PQB) im letzten Jahr in Anspruch genommen, wie hat sich diese Zahl im Vergleich zu den letzten drei Jahren verändert (bitte für die jeweiligen Jahre angeben) und gibt es seitens der Staatsregierung Überlegungen, die PQB weiterzuentwickeln?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann liegt das Schall- und Erschütterungsgutachten für den Bau der zwei neuen Gleise zur Daglfinger und Truderinger Kurve (DTK) am Bahnhof München-Riem

vor, wann wird das Planfeststellungsverfahren hierzu beendet sein, wie wird im Konkreten die Unterquerung für zu Fuß Gehende, Radfahrende und Einsatzfahrzeuge bei der neuen Bahnüberführung Graf-Lehndorff-Straße realisiert (bitte mit Schaubild)?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was passiert mit nicht abgerufenen Gewinnen der staatlichen Lotterie- und Spielbankverwaltung, in welcher Höhe wurden solche Gewinne in den letzten 10 Jahren jährlich nicht abgerufen und in welcher Höhe flossen solche Gewinne jährlich seit 01.01.2014 zurück in den Staatshaushalt des Freistaates?

Franz Schmid
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kindertagesstätten in Bayern beteiligen sich an dem Modellversuch „Medienkompetenz in der Frühpädagogik stärken“ (bitte Anzahl nach Bezirk auflisten), wie hoch waren die Förderungen für diesen Modellversuch bisher (bitte Höhe der Förderungen nach Bezirk jährlich auflisten) und welche Pläne hat die Staatsregierung aufgrund der Ergebnisse aus dem Modellversuch im Hinblick auf die Digitalisierung in Bayerns Kindertagesstätten in den kommenden Jahren?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da 2026 dank der Investitionen der Bundesregierung in den Schienenverkehr endlich die Bahnstrecken Passau – Regensburg und Regensburg – Nürnberg saniert werden, dadurch aber die Bahnanbindung von und nach Passau in diesem Jahr für mehrere Monate stark beeinträchtigt ist, frage ich die Staatsregierung, inwiefern durch die Staatsregierung bzw. durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft dafür gesorgt wird, dass ein ausreichender Schienenersatzverkehr mindestens zwischen Passau, Plattling und Regensburg angeboten wird, wie viele Busse dafür gebraucht werden und inwiefern Maßnahmen getroffen werden, um für den Schienenersatzverkehr rechtzeitig genügend Personal zu akquirieren?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pläne für eine Nachnutzung bestehen seitens der Staatsregierung bzw. der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) für das Gebäude auf dem Grundstück des Bayernkollegs Augsburg (Schillstraße), das aktuell als Interimslösung die Staats- und Stadtbibliothek Augsburg beherbergt, plant der Freistaat eine Sanierung und schulische (Landes-)Nutzung auch dieses Gebäudes und wäre der Freistaat bzw. die IMBY bereit, dieses Gebäude nach Ende der Interimslösung mit der Staats- und Stadtbibliothek Augsburg der Stadt Augsburg für beispielsweise Interimslösungen schulischer Bedarfe zu überlassen?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezugnahme auf die Berichterstattung der Süddeutschen vom 1. Februar 2024³ zur Knappheit von Influenza-Impfstoffen frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie zum Bestand von Impfstoffen und Arzneimitteln in Bayern, wie schätzt sie allgemein die Verfügbarkeit von Impfstoffen und Arzneimitteln im Freistaat ein und welche Maßnahmen wird sie unternehmen, um die bayerische Bevölkerung vor einer Arzneimittel- und Impf-

³ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-grippe-kinder-krankheit-kinderarzt-1.6341715?reduced=true>

stoffknappheit zu bewahren?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie über Veranstaltungen oder Aktionen in Bayern im Jahr 2023 hat, auf denen Martin Sellner oder andere Aktivisten der Identitären Bewegung oder sog. Neuen Rechten zusammen mit Mitgliedern der AfD teilgenommen haben und welche extremistischen Themen (z. B. sog. Remigration) dabei im Zentrum standen und wie insbesondere das Konzept der Mosaik-Rechte im vorgenannten Zeitraum in Bayern vorangetrieben worden ist?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie überprüft und sichergestellt wird, dass ukrainische Leistungsbezieher ausschließlich in Bayern und nicht zusätzlich in anderen Bundesländern oder in einem anderen europäischen Land gemeldet sind und Leistungen beziehen, welche Konsequenzen eine etwaige Doppelmeldung für ukrainische Leistungsbezieher hat und wie viele Doppelbezieher in Bayern bisher ermittelt wurden?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des Ministerratsbeschlusses vom 28.02.2023, dementsprechend das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften beauftragt hat, Möglichkeiten zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf der Liegenschaft des Strafjustizzentrums in der Nymphenburger Straße zu prüfen, frage ich die Staatsregierung, bis wann die Ergebnisse der laufenden Prüfung zu erwarten sind und wann die Ergebnisse in welchem Rahmen im Landtag vorgestellt werden?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie definiert sie die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Bayern, an welche Betriebsgrößen bzw. Flächen wird dies festgemacht und welche staatlichen Förderprogramme zur Unterstützung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gibt es in Bayern?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der offenen und gebundenen Ganztagsangebote in Bayern seit dem Schuljahr 2017/2018 in den einzelnen Schularten und Regionen entwickelt?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem das geplante Gewerbegebiet Interfranken laut Aussagen des Zweckverbands Interfranken in einem Zeitungsbericht der fränkischen Landeszeitung vom 02.02.2024 in das aktuelle Güterverkehrskonzept des Verkehrsministeriums von Januar 2024 aufgenommen wurde, wie hoch würde eine Bezuschussung durch die Staatsregierung erfolgen, wie hoch ist der tägliche Container- bzw. Güterumschlag in der zugrunde gelegten Potenzialanalyse und beinhaltet die aktualisierte Planung des Neubaus der AN4neu einen Anschluss an Dombühl?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie damit begonnen hat, die Studie des Forschungsverbands ForuM – Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der evangelischen Kirche und Diakonien in Deutschland, die

am 25.01.2024 veröffentlicht wurde, auf strafrechtlich relevante Fälle zu überprüfen, welche Ressourcen werden bereitgestellt, um die zugrundeliegenden Akten der Studie zeitnah anzufordern und dabei den Fehler zu vermeiden, wie bei der ersten WSW-Studie (WSW = Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl) des Erzbistum München Freising 2010 durch zu späte Aktenanforderungen begangen wurde, und wie beabsichtigt die Staatsregierung, auf die Forderung nach verstärktem staatlichem Engagement seitens der Betroffenen zu reagieren, die an der ForuM-Studie beteiligt waren?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erklärung hat die Staatsregierung dafür, dass die Anzahl der potenziellen Knochenmark-/Stammzellenspenderinnen und -spender in Weiden deutlich geringer ist als in den umliegenden Landkreisen, wie viele Knochenmark-/Stammzellenspendenaktionen gab es nach Kenntnis der Staatsregierung in den letzten fünf Jahren in den Landkreisen der nördlichen Oberpfalz und welche Kampagnen/Aktionen wurden und werden durchgeführt, um neue potenzielle Spenderinnen und Spender zu erreichen?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche in die Denkmalliste eingetragenen Denkmäler in staatlicher Hand hat der Freistaat in den letzten fünf Jahren veräußert oder in Erbbaurecht gegeben (bitte vollständig nach Jahren auflisten), bei welchen hat es sich hierbei um Leerstände gehandelt und welche davon wurden in der Zwischenzeit abgebrochen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Nachfrage nach dem seit Sommer 2023 verfügbaren Angebot JobBike Bayern (im Zuge der Entgeltumwandlung angebotene Fahrrad-Leasingverträge für Beamtinnen und Beamten des Freistaates) insbesondere in Hinblick auf die Nutzung durch unterschiedliche Dienststellen und Alterskohorten entwickelt (bitte Aufschlüsselung nach Alterskohorten und Anteil an der Gesamtzahl der Beamtinnen und Beamten sowie nach Art des Beamtenstatus, z. B. Beamtinnen und Beamten auf Zeit), welche Schlüsse auf Änderungsbedarfe an dem Angebot JobBike Bayern die Staatsregierung aus diesen Daten zieht, insbesondere in Hinblick auf Beamtinnen und Beamten auf Zeit, die aktuell de facto von diesem Programm ausgeschlossen sind, da das Dienstverhältnis sowohl von Referendarinnen und Referendaren als auch wissenschaftlichem Nachwuchs an Hochschulen regelmäßig weniger als die im Programm vorgesehenen drei Jahre beträgt, und wie die zeitliche Umsetzung für Evaluation und gegebenenfalls Nachbesserungen der Konditionen während der aktuellen Projektlaufzeit (insbesondere in Hinblick auf die oben ausgeführten Mängel) geplant ist?